

Haushaltsrede 13.12.2022

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Westkamp,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
meine Damen und Herren,

Bund und Land übertragen den Städten und Gemeinden immer neue zusätzliche Aufgaben, die in vielen Fällen durchaus begrüßenswert sind. Leider fehlt es oft an einer angemessenen Erstattung der daraus entstehenden Aufwendungen. Die kommunale Ebene ist strukturell unterfinanziert. Den Kommunen bleibt kaum Spielraum für eigene Entscheidungen und zur Gestaltung der Politik vor Ort. Pflichtige Ausgaben machen einen Großteil des Haushalts aus: Umlagen, Personalkosten und Pflichtaufgaben in verschiedenen Bereichen. Hier sind Initiativen für eine grundlegende Reform der Finanzierung der kommunalen Ebene längst überfällig. Der Bund ist gefordert, große Vermögen und Einkommen durch eine höhere Besteuerung stärker an den Kosten des Gemeinwesen zu beteiligen. Vom Land muss eine Stärkung der Kommunen – auch finanziell – und eine andere Verteilungssystematik verlangt werden. Sich einfach der Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes zu unterwerfen und zur Sicherung des Anteils an den Schlüsselzuweisungen den Hebesatz der Grundsteuer B auf den fiktiven Hebesatz des Gesetzes anzuheben, ist ein Irrweg. Die Belastung der Einwohnerinnen und Einwohner wird damit von Jahr zu Jahr größer, sie müssen einen immer höheren Betrag zum städtischen Haushalt beitragen. Wir halten es für falsch, in Zeiten, in denen sich die Wohnnebenkosten durch steigende Energiepreise erhöhen und die Inflationsrate Rekordwerte erreicht, die Menschen in unserer Stadt durch höhere städtische Steuern zusätzlich zu belasten. Gerade für Haushalte mit geringem Einkommen können ein paar Euro im Monat einen großen Unterschied machen.

Im Mai diesen Jahres standen die steigenden Energiepreise und die Überschuldung in Wesel auf der Tagesordnung des Sozialausschusses. Viele Teilnehmende hat die überdurchschnittlich hohe Überschuldungsquote in der Stadt überrascht und zugleich erschreckt. Berichte der Verbraucher- und der Schuldnerberatung machen deutlich, dass auch in unserer Stadt viele Menschen leben, die kaum finanzielle Spielräume haben. Wer

Mühe hat, mit seinem Geld über den Monat zu kommen, kann keine Reserven ansparen für Nachzahlungen bei der Nebenkostenabrechnung oder für ungeplante Ereignisse. Viele im Inklusiven Handlungskonzept angedachte Maßnahmen kämen nicht nur den dort in den Blick genommenen Zielgruppen, sondern auch anderen Einwohnerinnen und Einwohnern Wesels in schwierigen Lebenslagen zu Gute. Die Umsetzung des Konzepts muss dringend angegangen werden. Anderenfalls wäre es ein Konzept für die Schublade. Und dafür steckt zu viel Geld, Arbeit und bei einigen auch Herzblut darin.

Der Rat der Stadt Wesel hat beschlossen, dass die Stadtverwaltung bis 2025 und die Kommune insgesamt bis 2035 klimaneutral sein sollen. Ein wesentlicher Bereich, der maßgeblich zur CO₂-Belastung beiträgt, wird dabei bisher nur unzureichend in den Blick genommen: der Verkehrsbereich. Nur mit neuen Fahrradwegen, Lastenfahrrädern und Ladesäulen für E-Autos sind hier keine ausreichenden Effekte zu erzielen. Weitere Maßnahmen wurden bisher nicht in Angriff genommen mit Verweis auf die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes. Dessen Fertigstellung verzögert sich aber und hinkt dem Zeitplan deutlich hinterher. Um beispielsweise ein Stadtbussystem zu etablieren, müssen umfangreiche Vorarbeiten geleistet und Fristen eingehalten werden. Deshalb müssen jetzt Entscheidungen getroffen und erste vorbereitende Schritte unternommen werden.

Die Idee, die Aktivitäten rund um Energie-Infrastruktur und erneuerbare Energien in einer eigenen Gesellschaft zu bündeln, können wir mittragen. Die Umsetzung mittels eines Tochterunternehmens einer Tochtergesellschaft lehnen wir aber ab. In einem Eigenbetrieb hätte der Stadtrat über den Betriebsausschuss direkte Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten. Bei der angestrebten Konstruktion sind kleinere Fraktionen und Einzelratsmitglieder komplett außen vor. Darüber hinaus sind Aufsichtsratsmitglieder von Gesetzes wegen verpflichtet, im Sinne des Unternehmens zu entscheiden. Im Extremfall kann das bedeuten, dass vom Rat in den Aufsichtsrat entsandte Mitglieder gegen die Interessen der Stadt entscheiden müssen, wenn diese nicht mit denen der Gesellschaft übereinstimmen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte für Maßnahmen zum Klimaschutz einen Gesamtbetrag von 3 Mio. Euro für den Haushalt beantragt. Im Haupt- und Finanzausschuss hat sich eine Mehrheit darauf verständigt, den Betrag auf 1 Mio. Euro zu kürzen und auf die neu zu gründende Gesellschaft zu übertragen. Die Verwendung dieses stattlichen Betrages ist damit der direkten Kontrolle des Rates und seiner Ausschüsse entzogen. Das können wir so nicht mittragen.

Im Haushalt 2023 gibt es einige Positionen, die wir ausdrücklich begrüßen. Dass Rat und Verwaltung grundsätzlich am Schulraumentwicklungsplan festhalten, auch wenn aufgrund

gestiegenen Finanzbedarfs und fehlender Verfügbarkeit von Material und Personal sich die Fertigstellung leider um 8 Jahre verschiebt, heißen wir gut. Auch die zusätzliche halbe Stelle in der Jugendamtsverwaltung, die unter anderem der Unterstützung des neuen Jugendbeirats dienen soll, befürworten wir. Ebenso findet die Aufstockung der Finanzmittel für die Trendsportanlage am Auesee unsere Zustimmung, weil hierdurch wie im Sportentwicklungsplan gefordert Möglichkeiten auch für die vereinsunabhängige sportliche Betätigung geschaffen werden. Kein Verständnis haben wir hingegen dafür, dass der Etatposten für den Unterstand für Jugendliche an der Clarenbachstraße mit einem Sperrvermerk belegt ist. Wir sind nicht dagegen, dass die Verwaltung preisgünstigere Varianten prüft, aber die Umsetzung hat sich unverhältnismäßig lange hingezogen ohne Verschulden der betroffenen Jugendlichen. Sie noch weiter zu vertrösten ist absolut unangemessen.

Daneben werden wesentliche Aspekte, insbesondere im sozialen Bereich nach unserer Einschätzung im Haushaltsentwurf nicht ausreichend berücksichtigt. Wir werden den Haushalt 2023 ablehnen.

Dessen ungeachtet danke ich der Verwaltung für die Aufstellung des Haushalts und die geleistete Arbeit in den besonders herausfordernden Zeiten.

Barbara Wagner
Fraktionssprecherin